



Der Ausländerbeirat



Az.: ABR/MR

Gießen, den 25. März 2013

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Markéta Roska
Gebäude F, Raum F207
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1790
marketa.roska@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen
am 26.02.2013
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 06.02.2013 eingeladen.

Es sind anwesend:

Kreisausländerbeirat

Zayed Ali
Maria Alves
Ludmilla Antonov
Gülsen Arslan
Rasim Azim
Francoise Hönle
Serdar Isik
Edin Muharemovic
Boris Royak
Mehmet Yildiz

stellvertretender Vorsitzender

CDU-Fraktion

Isabel de Jesus Domicke

FW-Fraktion

Günther Semmler

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ewa Wenig

Gruppe Linkes Bündnis

Reinhard Hamel

Verwaltung

Markéta Roska

Entschuldigt:

Kreisausländerbeirat

Melek Adigüzel

Suna Isik

Alaa Khatib

Veli Kurt

Ivan Lappo-Danilevski

Baris Mehder

Mohamed Elfatih Mohamed Ibrahim Idries

Surejan Mustafov

Mohammad Hussein Ali Sari

Eda Sentürk

Tim van Slobbe

Vorsitzender

1. Eröffnung und Begrüßung

Da der Vorsitzende, Tim VAN SLOBBE, heute Abend entschuldigt ist, übernimmt der stellvertretende Vorsitzende, Serdar ISIK, die Sitzungsleitung.

Serdar ISIK eröffnet um 19:15 die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung fest.

Der Ausländerbeirat ist nicht beschlussfähig, weshalb die Tagesordnungspunkte 3 und 5 vertagt werden.

2. Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausländerbeirates am 22. Januar 2013

Gegen das vorliegende Protokoll über die letzte Sitzung des Ausländerbeirates am 22.01.2013 werden keine Einwände erhoben.

3. Nachbesetzungen

Der TOP muss vertagt werden.

4. Erfahrungen von MigrantInnen mit den Kreisbehörden

Vorstandsmitglied Françoise HÖNLE erläutert, dass der Ausländerbeirat regelmäßig Beschwerden von MigrantInnen erhält, die über unfreundliche bis respektlose und manchmal auch unsachgemäße Behandlung seitens verschiedener Behörden klagen. Ziel der heutigen Sitzung sei es, die Themen zu sammeln und Vorschläge, wie mit diesem Thema umgegangen werden kann. Françoise HÖNLE beschreibt aus persönlicher Erfahrung, dass die Situation früher (z.B. in den 70er Jahren) viel schlimmer gewesen sei. Dennoch komme es auch heute vor, dass MitarbeiterInnen - z.B. der Ausländerbehörde - sich im Ton vergriffen. Dies sei aber sicherlich nicht im Sinne der neuen Behördenleitung und es werde auch zur Kenntnis genommen und geschätzt, dass die Behörde an dem

Problem arbeite.

Bei einigen Behörden sei möglicherweise auch Personalmangel als eine der Ursachen zu sehen.

Der Ausländerbeirat einigt sich darauf, dass die einzelnen Mitglieder nicht im Alleingang versuchen sollen, entsprechenden Beschwerden nachzugehen. Stattdessen sollen sie der Geschäftsstelle oder dem Vorstand gemeldet werden und das Gespräch mit der Behördenleitung gesucht werden.

Ludmilla ANTONOV berichtet von vielen Beschwerden über unsinnige Maßnahmen des Jobcenters. Als Beispiel nennt sie eine ältere Frau (58 Jahre), die ein „freiwilliges“ soziales Jahr in einem Pflegeheim für Schwerbehinderte Kinder machen musste. Ein anderer Fallmanager habe zu einer Mutter (Ende 50) und ihrer Tochter (Studentin der Zahnmedizin) gesagt: „Solche Leute wie Sie [die Tochter] braucht Deutschland, so Leute wie Sie [Mutter] nicht“.

Auch Gülsen ARSLAN hat den Eindruck, dass die MitarbeiterInnen des Jobcenters „den Überblick verloren haben“. So sei z.B. ihr Vater kürzlich gefragt worden, ob er Alkohol trinke oder Drogen nehme und deshalb Unterstützung brauche.

Françoise HÖNLE bemängelt, dass manche AusländerInnen nicht durch Vorabklärung richtig zugeordnet würden und z.B. zum Jobcenter geschickt würden, obwohl sie nicht arbeiten dürfen. Sie fordert eine entsprechende Schulung der MitarbeiterInnen. Auch beim Jobcenter stimme der Ton nicht immer und unsachgemäße Kommentare über die Menschen seien zu hören.

Reinhard HAMEL berichtet, dass seit einigen Wochen Beschwerdekästen (auch für anonyme Beschwerden) im Jobcenter aufgestellt sind. Er empfiehlt dem Ausländerbeirat, sich bei Beschwerden an die Team- und/oder Amtsleitung zu wenden.

Günther SEMMLER rät von anonymen Beschwerden eher ab – „wenn sich etwas ändern soll“. Wenn immer wieder dieselben SachbearbeiterInnen auffallen, kann die Leitung eingreifen – wenn auch dann nichts geschehe, helfe nur die Presse.

Weiteres Thema ist die Berechnung der Kosten für die Unterkunft und Heizung: Reinhard HAMEL berichtet, dass 280 Bedarfsgemeinschaften angeschrieben wurden, dass aber seit dem 15.2. keine neuen Briefe verschickt worden seien. Am morgigen Tag werde behördenintern entschieden, wie weiter zu verfahren sei.

Als weiteres Problem thematisiert Françoise HÖNLE das Teilhabepaket. Hier sei z.B. die anteilige Anrechnung von Familienmitgliedschaften für Sportvereine nicht vorgesehen.

Ludmilla ANTONOV bemängelt, dass die Bearbeitung von Anträgen zu Teilhabepaket, Wohngeld u.a. verschieden ausfällt – je nach SachbearbeiterIn. Der extrem hohe Verwaltungsaufwand (auch auf Grund von verschiedenen Formularen bei der Stadt bzw. beim Landkreis, unzähligen geforderten Bestätigungen usw.) stehe nicht

im Verhältnis zur relativ geringen Unterstützung.
Auch die von geringfügig Beschäftigten geforderte monatliche Vorlage der Lohnabrechnungen gestalte sich oft schwierig, da viele Arbeitgeber häufig Abrechnungen zu spät machten.

Als weiteres Problem nennt Ludmilla ANTONOV die Beratung bezüglich der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse: Die BeraterInnen im Jobcenter kannten sich oft nicht aus. Es fehle eine Zentrale Stelle zur Hilfe bei der Zusammenstellung der Akten.

*Der Ausländerbeirat vereinbart, Beschwerden zu sammeln und zu dokumentieren. Einzelne SachbearbeiterInnen sollen nach Möglichkeit genannt werden, die Beschwerden so konkret wie möglich erfasst aber vertraulich behandelt werden.
Die Art des Problems soll mit dem Leiter des Jobcenters besprochen werden (z.B. „wertende Äußerungen zu Sprachkenntnissen“ o.ä.).*

5.	Anträge
----	---------

Der TOP wird auf die kommende Vorstandssitzung vertagt.

6.	Mitteilungen und Anfragen
----	---------------------------

Es werden noch Informationen über die Situation der Flüchtlinge in Hungen ausgetauscht und auf diverse Termine hingewiesen.

Die Vorstandssitzung am 23. April soll eventuell abgesagt werden, um den Vorstandsmitgliedern die Teilnahme an einer Veranstaltung mit einem Zeugen der atomaren Katastrophe von Tschernobyl zu ermöglichen (Absprache im Vorstand).

Der stellvertretende Vorsitzende Serdar ISIK schließt die Sitzung des Ausländerbeirates um 20:54 Uhr.

Serdar Isik
Stellvertretender
Vorsitzender

Markéta Roska
Schriftführerin